BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/
9.10.2012

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

IT-Sicherheit im Land Bremen

Heutzutage benutzen nicht nur private Unternehmen, sondern auch die Behörden das Internet. Vielfach wird das Internet zur Kommunikation genutzt. Neben den vielen guten Möglichkeiten, die das Internet und die Informationstechnik (IT) im Allgemeinen mit sich bringen, gibt es leider auch steigende Gefahren, die für das Land Bremen von Bedeutung sind. Der Begriff der inneren Sicherheit beschränkt sich somit nicht mehr nur auf den Bereich der bisher realen Welt, sondern umfasst längst auch den Bereich der IT.

Der Senat plant die Einführung von Voice over IP (VoIP), auch Internettelefonie genannt. Mit diesem weiteren Schritt wird deutlich, dass die Frage nach der IT-Sicherheit auch in den Behörden und den Infrastrukturen des Landes Bremen zunehmend relevanter wird.

Wir fragen den Senat:

1. In welcher Art und Weise nutzen die Behörden im Land Bremen das Internet und inwiefern soll sich dies in der nächsten Zeit ändern?

2. Welche Risiken sind mit dieser Nutzung verbunden? Inwiefern können die Bürger durch diese Risiken betroffen sein?

3. Wie stellt der Senat für die Behörden, wie beispielsweise die Polizei, dem Landesamt für Verfassungsschutz, den Gerichten und der Staatsanwaltschaft, den Finanzämtern, den Senatsressorts, dem Stadtamt und dem Magistrat im Land Bremen ein angemessenes Sicherheitsniveau im Bereich der IT sicher?

4. Wie stellt der Senat für die Infrastrukturen im Land Bremen, wie beispielsweise der Energieversorgung, dem öffentlichen Nahverkehr, der Telekommunikation, der Krankenhäuser und Versicherungen ein angemessenes Sicherheitsniveau im Bereich der IT sicher?

5. Wie viele Angriffe (erfolgreiche/nicht erfolgreiche) auf die Behörden und die Infrastrukturen des Landes Bremen wurden seit 2009 bis heute registriert, welche Auswirkungen hatten diese und kam es zu Einschränkungen für die Beschäftigten und/oder für die Bürger Bremens?

6. Wie werden die Mitarbeiter der Behörden über die Risiken solcher Angriffe und die Gefahren des Internets aufgeklärt? Inwiefern finden hierzu verpflichtende Fortbildungen oder gezielte Gespräche seitens der Behörden statt?

7. Inwiefern werden durch den Senat und in den Behörden mobile Geräte wie Smartphones und Tablets benutzt, und welche Maßnahmen ergreift der Senat, um diese Geräte in ähnlicher Weise wie PCs zu schützen?

8. Wie sehen die Planungen des Senats zum Schutz der Behörden und der Infrastrukturen des Landes Bremen in Anbetracht der wachsenden Bedeutung der IT-Sicherheit für die Jahre 2012-2015 aus?

Wilhelm Hinners, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU